



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Mehr Zeit für Familien – Familienstartzeit einführen“ (Drucksache 20/2112)

### **Familienstartzeit im Bund einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Familienstartzeit auf Bundesebene eingeführt wird.

Der Landtag stellt fest, dass die EU – Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben vom Bund vollständig umzusetzen ist.

Dabei erwartet der Landtag eine intensive Einbindung der Länder. Insbesondere sind die Fragen der praktischen Umsetzbarkeit, der Auswirkungen auf die Wirtschaft und der Finanzierbarkeit zu klären.

Begründung:

Mit der EU – Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige von 2019 wurden europäische Mindeststandards für Vaterschafts-, Eltern- und Pflegeurlaub normiert sowie zusätzliche Rechte, wie z. B. flexible Arbeitsregelungen zu beantragen. Dies soll Eltern und pflegende Angehörige dabei unterstützen, ihre berufliche Karriere und ihr Familienleben unter einen Hut zu bringen, ohne auf eines von beiden verzichten zu müssen.

Diese Richtlinie hätte bis Ende 2022 vollständig in nationales Recht überführt werden müssen. Dies geschah mit dem Vereinbarkeitsrichtlinienumsetzungsgesetz bisher nur zu einem Teil.

Dagmar Hildebrand  
und Fraktion

Catharina Johanna Nies  
und Fraktion